

**Günter Albrecht:**  
**Obdachlose in Köln**  
**Bericht über eine Längsschnittstudie**

**I.**

Die hier vorgestellte Untersuchung – hier vorgetragen in sehr stark konzentrierter Form, in der ein komplexes Problem auf knappem Raum abgehandelt werden muß, während eine präzise Analyse hunderte von Seiten erfordern würde, die im Untersuchungsbericht vorliegen – behandelt ein soziales Problem, dem gegenüber sich unsere „Wohlstandsgesellschaft“ trotz vieler Anstrengungen<sup>1</sup> recht hilflos zeigt. Es geht um Menschen, die räumlich wie gesellschaftlich isoliert sind oder einmal isoliert waren, obwohl von ihnen nach grober Schätzung 360.000 in der BRD leben.<sup>2</sup>

Während Wohnungsnot und Nichtseßhaftigkeit für weite Kreise der sozialen Unterschicht in den vergangenen hundert Jahren in Deutschland die Regel waren, so ist doch unverhoffte Obdachlosigkeit als Massenphänomen in einer Wohlstandsgesellschaft ein Problem, dem *traditionelle* Sozialarbeit und private<sup>3</sup> und staatliche Sozialarbeit *verständlicherweise* hilflos gegenüberstehen. Die Obdachlosigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg übertraf bei weitem alles bisher Dagewesene, verursacht durch Bombenkrieg und Flüchtlingszustrom, so daß sie zunächst noch kaum als Sonderschicksal gelten konnte. Mit der allgemeinen Normalisierung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Situation ging insgesamt auch eine Verringerung der Wohnungsnot – wenn auch nicht der Knappheit – einher, so daß auf den ersten Blick nicht zu begreifen ist, daß im Gegensatz dazu die Zahl der Obdachlosen seit einiger Zeit nicht mehr entscheidend zu verringern war; jedenfalls nicht mit den „bewährten“ Mitteln der Sozialpolitik und Sozialarbeit, sondern zum Teil nur durch statistische Taschenspielertricks.<sup>4</sup>

**II.**

Genau diese Tatsache, daß trotz des Einsatzes finanzieller und personeller Mittel in „beträchtlicher“ Höhe durch private und staatliche Stellen offensichtlich nicht viel mehr erreicht wurde als eine gewisse Stabilisierung der bestehenden Notzustände der betroffenen Bevölkerungskreise, führt eine wissenschaftlich orientierte Sozialpolitik und Sozialarbeit zu der Frage, wie sich Erfolg oder Mißerfolg der aufgewendeten Mittel tatsächlich vor dem kritischen Maßstab empirischer Nachforschung abzeichnen. Neben die Notwendigkeit der reinen Inventur der „betreuten“ Personen tritt dabei vor al-

lem das entscheidende Faktum, daß bis vor kurzem so gut wie keine wissenschaftlich abgesicherten Erkenntnisse darüber vorlagen, welche Strategien der Sozialarbeit für marginale gesellschaftliche Gruppen erfolgreich sind und welche nicht.<sup>5</sup> Die Beiträge der wissenschaftlich orientierten Soziologie zu diesen Problemen sind bisher mehr oder weniger theoretischer Art und wenig in der Praxis wirklich erprobt oder bewährt.<sup>6</sup> Um so dringender stellt sich für die Wissenschaft und die Praxis die Aufgabe, festzustellen, inwieweit **die bisher erarbeiteten Theorien vor der Praxis bestehen, wie sie unter speziellen Randbedingungen (die gegebene lokale, historische und ganz konkrete Situation, in der sich die Sozialarbeit einer Stadtverwaltung befindet) modifiziert werden können und müssen.**

Schwierigstes Problem dabei ist es, Erfolgskriterien zu entwickeln, an denen das Ausmaß, in dem die von der Sozialarbeit wirklich angestrebten Ziele (wenn sie explizit formuliert wurden) erreicht werden konnten, auf zuverlässige Weise gemessen werden kann. Erst wenn die Erarbeitung solcher Kriterien geleistet ist, läßt sich über Erfolg und Mißerfolg der Sozialarbeit wirklich urteilen und gegebenenfalls nach anderen Strategien suchen.

### III.

Es ist ein besonderes Verdienst der Stadt Köln, daß sie schon recht früh erkannte, daß die mit der Obdachlosigkeit auf sie zukommende Problematik einer wissenschaftlichen Untersuchung bedürfe, von der aus eventuelle Handlungsanweisungen abzuleiten seien, die für die eigene Sozialarbeit leitend sein könnten. Bereits im Jahre 1959 wurde von Otto Blume eine Studie unter dem Titel „Obdachlose in Köln – eine sozialstrukturelle Untersuchung“<sup>7</sup> veröffentlicht, die im Auftrage der Stadt Köln durchgeführt worden war. Blume hat als Sozialpolitiker durch seine Tatbestandsaufnahme das Interesse der Öffentlichkeit auf die Situation zu lenken vermocht und der Stadt Köln damit wohl einen beträchtlichen Rückhalt für ihre vielfältigen Bemühungen, der Obdachlosigkeit Herr zu werden, geliefert, obwohl er selbst sich streng jeder Handlungsanweisung für die Praxis enthält.<sup>8</sup>

Die Stadt Köln hat dann in der Mitte der sechziger Jahre von sich aus erneut eine Initiative ergriffen, um prüfen zu lassen, inwieweit die sozialpolitischen Maßnahmen der Zwischenzeit von Erfolg gekrönt waren bzw. ohne vorweisbaren Erfolg geblieben sind. Sie erarbeitete den Plan einer Längsschnittstudie über die Obdachlosen ihres Bereiches,

die über diese Frage hätte Aufschluß geben können. Durch verschiedene Mißlichkeiten bei der Finanzierung dieser Studie wurde allerdings eine optimale Bearbeitung dieses wissenschaftlichen Fragenkomplexes verhindert. Die ausgesprochen unsichere finanzielle Lage ließ zunächst nur eine Bearbeitung des Problems in Form von Diplomarbeiten zu, wodurch auch manche Verzögerung der Fertigstellung des Abschlußberichtes begründet ist. Im übrigen erlaubte auch die endgültige Finanzierungshilfe durch die Stadt Köln und den Regierungspräsidenten wegen ihrer für eine solch umfangreiche Problematik mehr als bescheidenen Höhe nur einen zögernden Fortgang der Untersuchung.<sup>9</sup>

Dem Laien scheinen Längsschnittstudien methodisch völlig unproblematisch zu sein, da es lediglich darum zu gehen scheint, zu jeweils zwei unterschiedlichen Zeitpunkten die jeweils gegebenen Ist-Zustände zu messen. Die Veränderungen, die zwischen den beiden Zeitpunkten gemessen werden, können dann scheinbar problemlos den in der Zwischenzeit einwirkenden Kräften kausal zugeordnet werden. Leider ist diese kausale Zurechnung aber nur unter sehr schwerwiegenden Vorbehalten möglich, denn Sozialwissenschaftler sind meist nicht in der Lage – wie z. B. Naturwissenschaftler –, in quasi-experimenteller Forschungssituation alle relevanten Einwirkungen in der Zwischenzeit zu messen bzw. die Zahl der einwirkenden Größen so einzugrenzen, daß ihre Wirkungsweise kontrollierbar und meßbar wird.

Eine Wiederholungsstudie als Längsschnittuntersuchung, aufbauend auf den Ergebnissen der Studie von Blume, erwies sich deshalb als besonders problematisch, weil es Blume damals ganz explizit lediglich um eine deskriptive Untersuchung ging, die keinerlei Zielsetzung in Richtung auf die Überprüfung von Hypothesen und Theorien zur Kausalität der Obdachlosigkeit bzw. der perpetuierten Obdachlosigkeit verfolgte. Es schien uns aber wissenschaftlich unverantwortlich, die Wiederholungsstudie wiederum in rein deskriptiver Absicht anzulegen, da auf diesem Wege nur sehr schwer Erkenntnisse – mehr oder weniger intuitiv – gewonnen werden können, die für die Praxis brauchbare Hinweise geben könnten. Da nichts so gut für die Praxis ist wie eine gute Theorie,<sup>10</sup> versuchten wir den Untersuchungsplan noch dergestalt zu korrigieren, daß wir gewisse Hypothesen über die Ursachen des Verbleibs bzw. des Nichtverbleibs in Obdachlosenunterkünften überprüfen bzw. Hypothesen über die Konsequenzen des langfristigen Verbleibs in solchen Unterkünften aufstellen und tendenziell testen konnten.

Aus dem ehemaligen Fragebogen von Blume wurde daher nur ein gewisser Teil der Fragen übernommen, um noch die wesentlichsten Fakten über das Leben der Betroffenen zu eruieren.<sup>11</sup> An die Stelle der ausgelassenen Fragen traten vor allem sozialpsychologische Skalen, die zur Messung der allgemeinen sozialen Desorientierung<sup>12</sup> und Leistungsmotivation<sup>13</sup> dienen sollten, und solche Fragen, die zur Aufklärung des veränderten Selbstbildes der Problempopulation durch die mehr oder weniger lange Zugehörigkeit zur totalen Institution der Obdachlosenunterkünfte dienen sollten.<sup>14</sup>

Die Überprüfung der der Untersuchung zugrunde gelegten Hypothesen konnte dann in dreierlei Form versucht werden. *Erstens* ergab sich ein Vergleich der jetzt gefundenen Werte für die heutige Auswahl (Obdachlose und ehemalige Obdachlose) mit denen der Population der Obdachlosen von 1959. Zum *zweiten* ließ sich auch ein Vergleich zwischen den heute noch Obdachlosen und den heute nicht mehr Obdachlosen anstellen, der hätte zeigen können, inwieweit sich diese ehemals „gleiche“ Ausgangspopulation nach der durch den Verwaltungsakt der Einweisung in städtische Übergangshäuser oder Wohnstellen, die von der Stadt zur Verfügung gestellt wurden, ausgelösten Entwicklung unterschiedliche Verhaltens- bzw. unterschiedliche Lebensstile angeeignet hat. *Drittens* ließ sich durch eine Sekundäranalyse der Daten für die Population von 1959 – wobei das entscheidende Merkmal „heute noch obdachlos / heute nicht mehr obdachlos“ allen Analysen zugrunde gelegt werden konnte – , zeigen, inwiefern die beiden heutigen Teilpopulationen schon damals unterschiedliche Merkmale aufwiesen, die eventuell ursächlich hätten sein können für die unterschiedliche „Karriere“ dieser beiden Gruppen.

Hätte der Untersuchung von Blume ein solches Minimum an sozialpsychologischen Skalen und an durch Fragen abgedeckten Hypothesen zugrundegelegt, dann wäre dies als Ausgangssituation für ein „natürliches Experiment im Bereiche der Sozialwissenschaften“ geradezu eine ideale Forschungssituation gewesen. Leider war die Intention der damaligen Studie nicht von dieser Art, so daß von dieser Idealsituation erhebliche Abstriche zu machen sind.<sup>15</sup> *Unsere Schlüsse können daher sehr oft nur unter großem Vorbehalt auf Gültigkeit und Zuverlässigkeit rechnen.* Doch sei hier entschieden darauf hingewiesen, daß diese Tatsache lediglich darauf zurückgeht, daß sich die Sozialverwaltungen noch nicht damit vertraut gemacht haben, daß eine wissenschaftlich abgesicherte Sozialpolitik sich nur aufgrund einer langfristigen For-

schungsplanung aufbauen läßt und nicht auf der Basis von ad hoc locker gemachten Minimalbeträgen für sozialwissenschaftliche Forschung. Dies wird noch einmal besonders deutlich in der nachfolgenden Darlegung der verwendeten Grundgesamtheit und der erfolgten Auswahl.

Bei der sich hier schon abzeichnenden Komplexität der erforderlichen Analyseschritte wird sofort klar, daß die Auswahl sehr groß hätte sein müssen, um bei mehrdimensionalen Aufgliederungen noch eine ausreichend große Zahl von Fällen in den Zellen der Tabellen zu erhalten. Wie zuvor schon angedeutet, war die Forschungssituation aber schon dadurch sehr schlecht, daß die Grundgesamtheit bei Blume relativ klein war und durch die materiellen Zwänge noch erheblich dezimiert wurde.

#### IV.

Die der Untersuchung von Blume zugrundeliegenden 571 Fälle aus dem Jahre 1959 bildeten damals eine repräsentative Zufallsauswahl sämtlicher von der Stadtverwaltung Köln im genannten Zeitraum betreuten Bewohner von Obdachlosenunterkünften, die durch zufälliges Ziehen jeder vierten Adresse einer alphabetischen Liste der Kölner Obdachlosen gewonnen worden war. Von insgesamt 632 gezogenen Adressen fielen 10 % aus, so daß der Untersuchung von Blume 571 Interviews zugrundelagen. Allerdings umfaßt der Kartensatz, der 1967 für die Wiederholungsstudie vom Institut für Selbsthilfe in Köln zur Verfügung gestellt wurde, aus unbekanntem Gründen nur noch 552 Lochkarten. Eine systematische Verzerrung dürfte durch die verlorengegangenen Karten aber nicht erfolgt sein.

Die Liste mit diesen 552 Adressen wurde im Frühjahr 1968 dem Kölner Einwohnermeldeamt zur Überprüfung übergeben, bei der folgende Ausfälle zu konstatieren waren: 19 Personen waren verstorben, 57 Personen waren im Bereich der Stadt Köln nicht mehr gemeldet und entfielen somit für unsere auf den Kölner Raum beschränkte Untersuchung, und 30 Personen waren mit angegebenem Wohnort verzogen. Da zunächst eine Aktenauswertung geplant war, wurde versucht, für die verbleibenden 446 Personen bei der Stelle zur „Beseitigung von Wohnungsnotständen“ die Akten zu ermitteln, wobei sich allerdings der befremdliche Befund ergab, daß hier für 42 Personen (!) die relevanten Akten nicht mehr auffindbar waren. Es blieben auf diese Weise nur noch 404 für unsere Längsschnittstudie in Frage kommende Obdachlose. Es dürfte sicher überraschen, daß eine derart hohe Ausfallquote vor der eigentlichen Befragung eintrat.

Von den verbleibenden 404 zu untersuchenden Fällen – und das ist ein erstes Teilresultat der Studie – lebten 127 (also 31 %) zum angegebenen Zeitpunkt noch in städtischen Unterkünften, während 277 (69 %) inzwischen eine normale Wohnung erhalten hatten! *Es ist zu dieser Verteilung aber anzumerken, daß sie durch die nicht kontrollierbaren Einflüsse der Ausfälle auf diese „Erfolgsverteilung“ sehr problematisch ist, denn es ist durchaus denkbar, daß einmal die verstorbenen 19 Personen, ferner die 57 nicht mehr offiziell gemeldeten (zwar nicht in Köln, aber an anderer Stelle) und die 42 Personen ohne Aktennachweis unter anderen Untersuchungsbedingungen noch als Obdachlose zu werten wären.* Nach dieser – wohlgermerkt pessimistischen! – Vermutung, ergäbe sich dann eine Erfolg-/Nicht-Erfolgsrelation von 53 % : 47 %. Würden wir noch pessimistischer sein und die verzogenen 30 Personen als verzogene Obdachlose klassifizieren, *so ergäbe sich die Tatsache, daß immerhin nach 9 Jahren von den ehemals befragten Obdachlosen noch die Hälfte in Obdachlosenunterkünften leben muß.* Wir wollen trotz unserer Bedenken im folgenden aber von der für die Stadt Köln wahrscheinlich zu positiven Basis der 404 Personen für die Aufstellung der „Erfolgsbilanz“ ausgehen.

Eine Woche vor der Durchführung der Interviews (Anfang Juli 1968) wurde eine zweite Liste an das Einwohnermeldeamt verschickt, die nochmals elf Ausfälle ergab (drei Personen waren verstorben, acht Personen unbekannt verzogen).

Da zu dieser Zeit die ursprünglich einmal bzw. mehrfach zugesicherte Unterstützung durch städtische und staatliche Mittel wieder einmal fraglich war bzw. noch nicht bewilligt war, wurde es aus finanziellen Erwägungen (die Interviews wurden zunächst aus Institutsgeldern notdürftig finanziert) notwendig, die Gruppe der inzwischen nicht mehr Obdachlosen auf 131, also ungefähr jede zweite Person, zu reduzieren.

Insgesamt konnten 258 Interviews vergeben werden; davon erhielten wir 183 korrekt durchgeführt zurück, und zwar 93 Interviews von heute noch Obdachlosen und 90 von ehemaligen Obdachlosen. Die Ausfallquote belief sich auf insgesamt 29 %, wobei auf die Obdachlosen 27 % und die ehemaligen Unterkunftsbewohner 31 % entfielen. In der Ausfallquote für Obdachlose sind 8 % Verweigerer enthalten, in der für Nicht-mehr-Obdachlose 12 %. Die restlichen Ausfälle beruhten auf falscher Adressenangabe, unvollständigen Interviews oder darauf, daß die Zielpersonen mehrmals nicht angetroffen wurden; wobei wesentlich war als Ursache, daß die

Interviews in der Urlaubssaison und den großen Schulferien durchgeführt werden mußten. Eine gesichertere Untersuchung wäre möglich gewesen, wenn größere finanzielle Mittel zur Verfügung gestanden hätten, die sowohl die Ausfallquote hätten verringern lassen können als auch eine zusätzliche Befragung bei einer „normalen“ Kölner-Unterschicht-Auswahl als Kontrastgruppe erlaubt hätten.

Die Aktenauswertung dauerte von November 1967 bis Februar 1968 und umfaßte vor allem zwölf Merkmalsgruppen, nämlich 1. Geburtsdatum, 2. Familienstand, 3. Jahr der Eheschließung bei Verheirateten, 4. Geburtsdaten der Kinder, 5. die verschiedenen Einkommensformen der Befragten, 6. die Vorstrafen, 7. das Jahr der ersten Einweisung in eine städtische Unterkunft der Stadt Köln, 8. die Zahl der Umzüge der Befragten innerhalb der städtischen Unterkünfte, 9. die Kontakte der Befragten zu amtlichen Stellen wegen Wohnungsangelegenheiten, 10. eine Beurteilung der einzelnen Personen und ihrer Familien durch die Obdachlosenfürsorge, wobei besonders die Merkmale Haushaltsführung, Zahlungszuverlässigkeit und die Familienverhältnisse berücksichtigt wurden, 11. eine Kategorisierung der Wohnklassen von noch in Unterkünften lebenden Personen – in schlechte Wohnungen (Obdachlosenunterkünfte), mittlere Wohnungen (Übergangs- oder Sozialhäuser) und gute Wohnungen (Wohnunterkünfte oder Einfachstwohnungen) und 12. für ehemalige Obdachlose das Datum des Umzugs in eine normale Wohnung.

Die Befragung bereitete insofern gewisse Probleme, als für Obdachlose und Nicht-mehr-Obdachlose zwei verschiedene Fragebogenversionen erarbeitet werden mußten, die in den Formulierungen Rücksicht auf die unterschiedliche Lage der Leute nehmen sollten, ohne eine Standardisierung zu gefährden. Die Mehrheit der Fragen konnte aber für beide Gruppen ohne jeden Unterschied verwendet werden (30 Fragen von 150 Fragen waren unterschiedlich). Von den 150 Fragen waren 76 Fragen an die Obdachlosen und 65 Fragen an die ehemaligen Obdachlosen aus dem Fragebogen von Blume übernommen worden. Dabei wurden acht „offene Fragen“ verwendet, für die anschließend eine Verkodung erarbeitet und durchgeführt wurde.

Die Replikationsstudie konzentrierte sich auf folgende Hauptgebiete: 1. demographische Daten, 2. sozio-ökonomische Verhältnisse, 3. Wohn- und Berufssituation, 4. Gesundheitsfragen, 5. Kontakte zur Umwelt, 6. Delinquenz und Kriminalität, 7. Verhalten und Einstellungen.<sup>16</sup>

V.

Obdachlosigkeit hat die Tendenz, zu einem Zustand von Desintegration im gesellschaftlichen Prozeß bei den Personen zu führen, die nachweislich unverschuldet in diese Lage geraten sind.<sup>17</sup> Uns ging es in dieser Studie darum, die äußeren Auswirkungen auf die Lebensbedingungen und die familiale Situation unserer Befragten zu analysieren, und zum anderen, die Einflüsse noch anhaltender oder zurückliegender Obdachlosigkeit auf die psychische Haltung der Betroffenen festzustellen. Ferner wollten wir mit Hilfe des sozialpsychologischen Konzepts der „Anomie“ Schritte in Richtung auf die Erklärung der Obdachlosigkeit und ihrer Begleiterscheinungen zu machen versuchen.

Die Sozialisierungsleistung der Familie für die Bewältigung des Lebens in modernen Industriegesellschaften scheint bei den heute noch obdachlosen Familien bedeutend schlechter zu sein als bei den heute nicht mehr obdachlosen. Dies spiegelt der relativ hohe Anteil der obdachlosen Kinder wider, die die Sonderschule besuchen oder ungelernete Berufe ausüben.

*Tabelle 1: Besucht eines oder mehrere Ihrer Kinder die Sonderschule?*

	Obdachlose		Nicht-Obdachlose		Insgesamt	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Nein, kein Kind	37	53,6	47	85,5	84	67,7
1 Kind	11	15,9	4	7,3	15	12,1
2 Kinder	14	20,3	2	3,6	16	12,9
3 Kinder	7	10,1	1	1,8	8	6,5
4 Kinder	—	—	1	1,8	1	0,8
5 Kinder	—	—	—	—	—	—
6 Kinder	—	—	—	—	—	—
Mehr als 6 Kinder	—	—	—	—	—	—
	69	100,0	55	100,0	124	100,0

*Tabelle 2: Familiäre Besonderheiten von Sonderschülern in Köln. Über die Wohnverhältnisse dieser Schüler wurden die folgenden Aussagen gemacht (in v. H.):*

Wohnverhältnisse gut 1,7, schlecht, beengt 9,5, Übergangshaus, Baracke 11,6.

(Ergebnisse nach: Renate Dormeyer: die Situation der Sonderschüler, dargestellt an einem Geburtsjahrgang lernbehinderter Kinder in Köln. Diplomarbeit angefertigt im Soziologischen Seminar der Universität zu Köln, Wintersemester 1969/70, S. 1 des Anhangs, Tabelle B 8).

Die Zahl der obdachlosen Kinder, die zur Sonderschule gehen müssen, ist seit 1959 — dem Zeitpunkt der ersten Befra-



gung – bis heute um mehr als das Fünffache gestiegen.<sup>18</sup> Darüber hinaus ist sehr wichtig, daß sich nachweisen läßt (s. Tabelle 3), daß die älteren Kinder größeren schulischen Erfolg erzielten als diejenigen, die später in der Unterkunft geboren wurden. Dieses Ergebnis wird weiter unten noch einmal herangezogen werden müssen.

*Tabelle 3: Schulbildung der schulpflichtigen Kinder unserer Befragten 1959 und 1968 (nach Familien)*

	Obdachlose		Nicht mehr Obdachlose	
	1959	1968	1959	1968
Volksschule	91	62	93	73
Handels-, Real-, höhere Schule	2	2	3	15
Hilfsschule (Sonderschule)	7	36	3	12
N =	100 (93)	100 (90)	99 (89)	100 (66)

Die berufliche Lage der inzwischen nicht mehr Obdachlosen hat sich – wohl auch aufgrund ihrer verbesserten Wohnbedingungen – entscheidend in positiver Richtung entwickelt; was sich nicht zuletzt auch in einem durchschnittlich höheren Einkommen niederschlägt; vor allem, wenn man die Zahlen auf die erwerbstätigen Haushaltsmitglieder bezieht und die Zahl der Mitglieder des Haushalts in Rechnung stellt.

*Tabelle 4: Familieneinkommen und abhängige Personen*

Anzahl der abhängigen Personen	Familieneinkommen		– 500 DM		– 1000 DM		– 1500 DM		über 1500 DM	
	0	NO	0	NO	0	NO	0	NO	0	NO
1–2 Personen	50,0	80,0	2,9	15,4	11,1	3,6	–	–	–	–
3–4 Personen	18,8	20,0	41,2	51,3	16,7	46,4	9,1	11,1	–	–
5–6 Personen	18,8	–	14,7	28,2	22,2	25,0	18,2	33,3	–	–
7–8 Personen	12,5	–	32,4	5,1	38,9	21,4	63,6	55,6	–	–
9 u. mehr "	–	–	8,8	–	11,1	3,6	9,1	–	–	–
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	(n=12)	(n=10)	(n=34)	(n=39)	(n=18)	(n=28)	(n=11)	(n=9)		

Die nicht mehr Obdachlosen und die Obdachlosen selbst sind kontaktfreudiger geworden, als sie es zum Zeitpunkt der ersten Untersuchung gewesen sind, obwohl auch heute noch die Mehrheit (zwei Drittel) keine Kontakte zur Umwelt sucht (vgl. Tabelle 5) bzw. keine Kontakte aufnehmen kann.

**Tabelle 5:** a) Haben Sie Bekannte gefunden, die hier in der Nähe wohnen, ich meine nicht die Leute hier im Haus? (Formulierung von 1959)  
 b) Haben Sie in der Nachbarschaft oder in der näheren Umgebung Bekannte gefunden? Ich meine also nicht die Leute hier aus dem Haus. (Formulierung 1969)

	Obdachlose (%)		Nicht mehr Obdachlose (%)	
	1959	1969	1959	1969
Ja	17,2	33,3	11,1	34,4
Nein	82,8	65,6	88,9	65,6
keine Angabe	—	1,1	—	—
(N=)	(93)	(93)	(90)	(90)

Durch die langjährige Erfahrung mit der „totalen Institution“ Obdachlosenunterkunft hat sich im Bewußtsein der Betroffenen ein gewisses Abhängigkeitsgefühl gebildet, das sich im Fehlen der Bereitschaft und Fähigkeit zu autonomen Entscheidungen äußert und das Erkennen der eigenen Verantwortlichkeit erheblich vermindert. Wir haben versucht, zur Messung dieser psychischen Entwicklung einige vorhandene Skalen aus der Sozialpsychologie zu verwenden. Unseren Ausgang nahmen wir dabei von der Srole-Skala<sup>19</sup>, die nach Sroles eigener Interpretation messen soll, daß die Individuen das Gefühl haben, a) „die da oben“ stünden den Bedürfnissen und Anliegen des einzelnen Menschen gleichgültig gegenüber, b) die sozialen Verhältnisse seien ungewiß und in Unordnung geraten, c) die Lebensziele ließen sich ohnehin nicht verwirklichen, d) man sei als Person ohnehin wertlos, e) man könne nicht auf die Unterstützung anderer rechnen. Da wir in unsere Skalen auch die Dimension der Leistungsorientierung und der Orientierung an der Zukunft aufnehmen wollten, haben wir unsere Items aus verschiedenen anderen Skalen ergänzt, und zwar speziell aus den Skalen von Fred L. Strodbeck,<sup>20</sup> Joseph A. Kahl,<sup>21</sup> Bernard C. Rosen<sup>22</sup> und John Scanzoni<sup>23</sup>. Wie sich leicht zeigen läßt, verwenden alle diese Autoren relativ beliebig die gleichen Items – mit gewissen kleineren Unterschieden in den Formulierungen – für ganz unterschiedliche theoretische Konzepte, unter anderem für Entfremdung, Anomie, Leistungsorientierung, Modernismus, Kollektivismus und Individualismus.<sup>24</sup> Ohne daß wir unsere Items einem strengen theoretisch begründeten Vorauswahlprozeß unterworfen hätten, haben wir aus diesen Items zwei Skalen mit einmal fünf und einmal sechs Items gebildet, die wir als Anomie-Skala I und als Anomie-Skala II bezeichnet haben.<sup>25</sup>

Hier läßt sich durch die Untersuchung *eindeutig* zeigen, daß das bisherige System der Obdachlosenunterbringung zwangs-

läufig genau den entgegengesetzten Effekt hat als denjenigen, den man erzielen will. Dies ist eines der ganz wesentlichen Ergebnisse dieser Studien (vgl. Tabellen 6 und 7).

*Tabelle 6: Dauer des Unterkunfts-Aufenthaltes von heute noch Obdachlosen und Anomie (in v. H.)*

Anomie*	Unterkunfts-aufenthalt						
	bis 10	11	12	13	14	15	16 Jahre und mehr
Höher Anomiewert	61,6	36,3	36,8	50,0	60,0	62,5	64,3
Niedriger Anomiewert	38,4	63,7	63,2	50,0	40,0	37,5	35,7
(N =)	100,0 (13)	100,0 (11)	100,0 (19)	100,0 (14)	100,0 (10)	100,0 (8)	100,0 (14)

\* Verwendet wurde hier die erste Anomie-Variable.

*Tabelle 7: Dauer des Unterkunfts-Aufenthaltes und Anomie (1968) von ehemaligen Obdachlosen (in v. H.)*

Anomiewert*	Unterkunfts-aufenthalt (Jahre)					
	1-2	3-4	5-6	7-9	10-12	13-14
Höher Anomiewert	44,4	45,0	75,0	75,0	46,1	60,0
Niedriger Anomiewert	55,6	55,0	25,0	25,0	53,9	40,0
(N =)	100,0 (18)	100,0 (20)	100,0 (12)	100,0 (12)	100,0 (13)	100,0 (5)

\* Verwendet wurde die erste Anomie-Variable.

Dichotomisieren wir die Variable „Länge der Aufenthaltsdauer in der Notunterkunft“ in die Kategorien 1-4 Jahre und 5 und mehr Jahre, dann ergibt sich folgende Verteilung für die Anomiewerte (vgl. Tabelle 7a)

*Tabelle 7a: Dauer des Unterkunfts-Aufenthaltes und Anomie (1968) von ehemaligen Obdachlosen (in v. H.)*

Anomiewert*	Unterkunfts-aufenthalt (Jahre)	
	1-4	5 und mehr Jahre
Höher Anomiewert	44,7	64,3
Niedriger Anomiewert	55,3	35,7
(N =)	100,0 (38)	100,0 (42)

\*Verwendet wurde die erste Anomie-Variable.

Es wäre zweifellos gefährlich, die Daten zu sehr in Richtung auf die von uns favorisierte These hin zu interpretieren, da immerhin die Gruppe der Obdachlosen, die „erst“ bis zu zehn Jahren in Notunterkünften sind, einen relativ hohen Anteil hochanomischer Personen aufweist (61,6 %). Es kann aber durchaus sein, daß je nach Art der Einweisungsgeschichte unterschiedliche Kohorten vorliegen, die zur vorliegenden Verteilung der Anomiewerte führen. Andererseits wäre es denkbar, daß die Anomiewerte mit der Zeit der Unterbringung in der Obdachlosenunterkunft zunächst abnehmen, um dann nach etwa zehn Jahren wieder stark anzusteigen. Die Kleinheit des Samples macht eine Kontrolle dieser Faktoren unmöglich, so daß wir uns hier auf diese Feinheit nicht einlassen können. Deutlich ist jedenfalls der langfristige Anstieg der Anomie bei den Obdachlosen mit der Zeit des Wohnens in Obdachlosenunterkünften zu erkennen. Bei den heute nicht mehr Obdachlosen läßt sich ein solcher Zusammenhang nicht sehr deutlich erkennen. Hier wirken wohl Merkmale des Einweisungsprozesses, „Karriere“ in der Siedlung und Wiederaustritt aus der Siedlung in so komplexer Weise zusammen, daß bei einer zweidimensionalen Analyse die Zusammenhänge eher verschüttet als aufgedeckt werden; dennoch ergibt sich eine recht markante Tendenz in den Daten.

Ferner ist sehr bedeutsam, daß sich das sogenannte „Aspirations-“ oder „Anspruchsniveau“ bei den Obdachlosen stark verringert hat: Nur jeder zweite Obdachlose hatte 1968 noch den dringenden Wunsch nach einer Wohnung in normaler Umgebung (vgl. Tabelle 8), auch dies ein Beleg für eine völlig falsche Konzeption der „Obdachlosenbetreuung“.

*Tabelle 8: Anomie und Zufriedenheit mit den Wohnverhältnissen bei den noch Obdachlosen (in v. H.)*

Zufriedenheit	Hoher Anomiewert	Niedriger Anomiewert
Im allgemeinen		
zufrieden	63,9	45,4
Unzufrieden	36,1	54,6
(N =)	100,0 (47)	100,0 (44)

Ein wichtiger Gesichtspunkt, der von fast allen Institutionen und Einrichtungen, die sich mit der Beseitigung von Obdachlosigkeit beschäftigen, übersehen wird, ist derjenige, daß sich jeder zweite Obdachlose wie auch ehemalige Obdachlose aufgrund seines Obdachlosenstatus (oder seines ehemaligen Obdachlosenstatus) durch die übrige Gesellschaft diskriminiert und stigmatisiert fühlt. Auf diese Weise sieht sich der Obdach-

lose – und seine Wahrnehmung ist nach den gängigen Ergebnissen der Vorurteilsforschung sicher nicht falsch – in ein soziales und psychisches Getto verbannt, so daß alle „Betreuungsversuche“ auch gleichzeitig als Ausdruck von Diskriminierung interpretiert werden und auf diese Weise wenig Kooperation zwischen Sozialarbeitern und „Klienten“ zustande kommt. Es wundert daher auch nicht, daß 1968 nur noch 35 % (gegenüber 55 % 1959) der Obdachlosen angaben, konkrete Vorstellungen davon zu haben, wann sie die Unterkünfte verlassen würden.

Die sozialen und sozialpsychologischen Hintergründe dieser Verhaltensweisen wie Passivität, Resignation und Apathie lassen sich durch das sozialpsychologische Konzept der „Anomie“ beleuchten. Hohe Grade von Anomie, die sich in resignativen, apathischen oder sogar indolenten Verhaltensweisen und Einstellungen äußern, finden sich bei der Gruppe der noch Obdachlosen in stärkerem Maße vertreten als bei der nicht mehr Obdachlosen (vgl. Tabelle 9), wobei allerdings die Zusammenhänge zwischen Anomie und Kinderzahl nicht so deutlich sind wie erwartet (vgl. Tabelle 10).

*Tabelle 9: Obdachlosigkeit, zurückliegende Obdachlosigkeit und Anomie (1968) (in v. H.)*

Anomie	Obdachlose	Nicht mehr Obdachlose
Hoher Anomiewert	51,6	41,5
Niedriger Anomiewert	48,4	58,6
	100,0	100,0
(N =)	(91)	(89)

*Tabelle 10: Zahl der Kinder und Anomie für Obdachlose und nicht mehr Obdachlose (1968) (in v. H.)*

Anomie	Zahl der Kinder									
	0		1		2		3-5		6 und mehr	
	O	NO	O	NO	O	NO	O	NO	O	NO
Hoher Anomiewert	25,0	100,0	40,0	69,0	57,2	40,0	73,4	53,3	40,9	71,4
Niedriger Anomiewert	75,0	00,0	60,0	31,0	42,8	60,0	26,6	46,7	59,1	28,6
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
(N =)	(4)	(2)	(5)	(13)	(7)	(20)	(30)	(47)	(44)	(7)

Es besteht ferner eine starke Beziehung zwischen hoher Anomie und überwiegend resignativen Antworten auf die Frage nach der voraussichtlichen Dauer des Unterkunftsufenthaltes (vgl. Tabelle 11).

*Tabelle 11: Voraussichtliche Dauer des Unterkunftsufenthaltes aus der Sicht der Obdachlosen und der Anomie (1968) (in v. H.)*

Voraussichtliche Dauer des Unterkunftsufenthaltes	Anomiewert	
	Hoch	Niedrig
Resignative, apathische Antworten	67,0	55,0
Konkrete Vorstellungen	33,0	45,0
	100,0	100,0
(N =)	(45)	(40)

Wichtig ist dabei vor allem die Beobachtung, daß die ehemaligen Obdachlosen mit geringen Anomiewerten im Jahre 1968 früher in eine Normalwohnung hatten umziehen können als solche mit höheren Anomiewerten. Dies ist ein Ergebnis, das vermuten läßt, daß eine sehr komplexe Beziehung zwischen Anomie, Dauer des Aufenthaltes in der Institution und Dauer der Zeit, die man schon außerhalb der Institution lebt, besteht. Die festgestellten Zusammenhänge sind daher schwer interpretierbar in bezug auf kausale Strukturen (vgl. die Tabellen 6, 7, 10, 12a, 12b).<sup>26</sup>

*Tabelle 12a: Entlassungszeit aus Unterkunft und Stärke der Anomie bei den nicht mehr Obdachlosen (1968) (in v. H.)*

Stärke der Anomie	Frühe Entlassung (1959–1961)	Mittlere Entlassungszeit (1962–1964)	Späte Entlassungszeit (1965–1968)
Hohe Anomie	47,5	65,2	55,0
Niedrige Anomie	52,5	34,8	45,0
	100,0	100,0	100,0
(N =)	(40)	(23)	(20)

*Tabelle 12b: Stärke der Anomie und Austrittszeit aus der Unterkunft für die nicht mehr Obdachlosen (1968) (in v. H.)*

Austrittsdatum	Hohe Anomie	Niedrige Anomie
Früh (1959–1961)	42,3	55,2
Mittel (1962–1964)	33,3	21,0
Spät (1965–1968)	24,4	23,7
	100,0	100,0
(N =)	(45)	(38)

Obdachlosigkeit, Anomie und ein stark negativ ausgeprägtes Lebensgefühl sind eng miteinander verbunden: Langanhaltende Obdachlosigkeit bewirkt hohe Anomie, diese wiederum fördert ein negatives Lebensgefühl, allgemeinen Pessimismus und Nichtausnutzung von eventuell angebotenen Chancen, da diese nicht mehr als „Chancen“ wahrgenommen werden, usw.

Als wesentliche Ursache für die schwere Beseitigung des Phänomens Obdachlosigkeit dürfte gelten, daß das „soziale Problem“ Obdachlosigkeit bereits äußerlich sichtbarer Zustand der scheinbaren Desintegration von Familien aus dem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang ist, der besonders dadurch betont wird, daß die obdachlosen Familien schon meist räumlich getrennt von der übrigen Gesellschaft leben<sup>27</sup> und als Wohnungslose mit dem Eintritt in die Institution der Obdachlosenunterkunft wesentliche Beschneidungen ihrer Rechte als Bürger erfahren, durch die allen übrigen Mitgliedern schon auf symbolische Weise „klar“ gemacht wird, daß diese Personen – gleichgültig welche Einzelschicksale hinter der Einweisung stehen – als „asozial“ anzusehen und zu bewerten sind.<sup>28</sup> Nicht selten hat die Einweisung in eine solche Unterkunft für die noch relativ integrierten Personen selbst den Charakter eines endgültigen Bruchs mit der Gesellschaft, der nur schwer reparabel ist.

Dies hat mit Sicherheit Konsequenzen für das berufliche Verhalten und die Einstellungsmuster zum Beruf. Hier ließ sich bei den nicht mehr Obdachlosen ein bedeutend besseres Bild konstatieren als bei den noch Obdachlosen. Die nicht mehr Obdachlosen sind leistungsorientierter und konnten auch häufiger für sich erstrebenswerte Berufsziele nennen. Abhängig von dieser besseren beruflichen Integration ist ein höheres Durchschnittseinkommen bei den nicht mehr Obdachlosen. Zum wirtschaftlichen Verhalten können wir jedoch festhalten, daß noch heute Obdachlose sich in dieser Beziehung kaum von den nicht mehr Obdachlosen unterscheiden, abgesehen davon, daß die noch Obdachlosen häufig ihren Verpflichtungen gegenüber der Behörde – in der Zahlung der Nutzungsgebühr – nur mangelhaft nachkommen, während die nicht mehr Obdachlosen kaum in dieser Hinsicht auffällig wurden (vgl. Tabelle 13).

*Tabelle 13: Zahlungszuverlässigkeit der Befragten nach den Akten der Stadt Köln (in v. H.)*

Zahlungszuverlässigkeit	Obdachlose	Nicht-Obdachlose	Insgesamt
Gut	10,8	56,7	33,3
Mittel	58,1	30,0	44,3
Schlecht	31,2	13,3	22,4
	100,1	100,0	100,0
(N =)	(93)	(90)	(183)

Für die Sozialisierungsleistung der Familie ist entscheidend wichtig, wie die interne Rollenstruktur der Familie beschaf-

fen ist und welcher Art die Einstellung der beiden Elternteile gegenüber bestimmten Erziehungspraktiken und Lebenszielen ist. Die Betrachtung der Rollenstruktur in den obdachlosen und den nicht mehr obdachlosen Familien macht deutlich, daß in den noch obdachlosen Familien eine stärkere Position der Frau gegeben ist. Die bedeutendere Stellung des Mannes in den nicht mehr obdachlosen Familien kann als Zeichen für die Fähigkeit des Mannes, seiner Familie eine relativ stabile Situation zu garantieren, angesehen werden (vgl. Tabelle 14).

*Tabelle 14: Dominanz in obdachlosen und nicht mehr obdachlosen Familien für verschiedene Altersgruppen*

Dominanz bei	25–34 Jahre		35–54 Jahre		55 und mehr Jahre	
	O	NO	O	NO	O	NO
Mann	11,1	44,4	26,4	30,2	12,4	21,1
Gleichberechtigung	77,7	33,3	54,7	51,2	43,8	47,4
Frau	11,1	22,2	18,8	18,6	43,8	31,5
	99,9	99,9	99,9	100,0	100,0	100,0
(N =)	(9)	(9)	(53)	(43)	(16)	(19)

Nun weiß man aber aus einer Vielzahl von sozialpsychologischen Untersuchungen der jüngeren Zeit, daß es für die Ausbildung einer Leistungsorientierung bzw. Leistungsmotivation äußerst wichtig ist, daß der Vater in der Familie als eine als Autorität akzeptierte, aber die Selbständigkeit der Kinder nicht gefährdende Persönlichkeit auftreten sollte, während die Mutter – bei affektiver Bindung – dennoch auf eine möglichst frühe Selbständigkeit der Kinder – natürlich ohne diese sich selbst zu überlassen – in den Bereichen achten sollte, in denen es ohne Schaden für das Kind und die Umwelt geht. Ferner hängt die Ausbildung der maximalen Leistungsmotivation davon ab, daß die Eltern, die mit dem Kinde in einer affektiven Beziehung stehen, für dieses möglichst weitgesteckte Ziel anstreben, *allerdings nicht in einer überfordernden Weise*. Bei den Obdachlosen ließ sich nun eindeutig feststellen, daß sie zwar zu ihren Kindern meist recht affektiv gefärbte Beziehungen haben, aber relativ wenig auf ein Selbständigkeitstraining achten, was ihnen allerdings durch die beträchtlichen Beschränkungen der persönlichen Freiheiten und die vielen Reibungsmöglichkeiten mit Nachbarn sehr erschwert wird, und sie wegen ihrer *eigenen* anomischen und resignativen Einstellung auch nur sehr geringe Aspirationen für ihre Kinder ausbilden (vgl. Tabellen 15 und 16).



**Tabelle 15:** „Der Erfolg eines Menschen ist vorherbestimmt; es hat deshalb keinen Zweck, gegen sein Schicksal zu kämpfen.“ (1968) (in v. H.)

Stellungnahme	Obdachlose	Nicht mehr Obdachlose
voll zustimmen	50,5	32,2
teilweise zustimmen	12,9	22,2
teilweise ablehnen	8,6	10,0
voll ablehnen	21,5	32,2
keine Antwort und verweigert	6,5	3,3
	100,0	99,9
(N =)	(93)	(90)

**Tabelle 16:** „Im Gegensatz zu dem, was manche Leute sagen, wird das Leben des Durchschnittsmenschen, des kleinen Mannes, eher schlechter als besser.“ (1968) (in v. H.)

Stellungnahme	Obdachlose	Nicht mehr Obdachlose
voll zustimmen	44,1	24,4
teilweise zustimmen	19,4	22,2
teilweise ablehnen	17,2	23,3
voll ablehnen	14,0	25,6
keine Antwort und verweigert	5,4	4,4
	100,1	99,9
(N =)	(93)	(90)

Auch hier ergibt sich also, daß die familiäre Situation der nun nicht mehr Obdachlosen nach der Besserung der Wohnlage sich wesentlich verbessert hat, im Gegensatz zu den noch in Unterkünften lebenden Familien, bei denen parallel zur Dauer des Aufenthaltes in den Unterkünften eine stark verringerte Aspiration und größere Isolierungsgefühle zu beobachten sind.

Abschließend muß also festgehalten werden, daß Obdachlosenunterkünfte aufgrund ihrer negativen Auswirkungen auf die Betroffenen und die nachfolgende Generation nicht geeignet zu sein scheinen, die Resozialisierung dieser Familien zu bewirken. Je intensiver die Erfahrungen mit dem Obdachlosensystem sind, desto häufiger werden Selbsthilfeaktivitäten, Eigeninitiative und soziale Kontakte beschränkt, wenn nicht gar ausgeschaltet. Die Lebenschancen und Zukunftserwartungen der Obdachlosen werden durch den Aufenthalt in diesen Einrichtungen in fatalem Umfang weiter verschlechtert.

Es wäre dringend anzuraten, Mittel und Wege zu finden, die Zahl der in die Unterkünfte Einzuweisenden möglichst zu

verringern, da meist mit der Einweisung (selbst in noch leichteren Fällen) der entscheidende Schritt zu einem *endgültigen* Problemfall für die Gesellschaft getan wird. Die finanziellen Aufwendungen, die die Sozialverwaltungen letztlich insgesamt für Obdachlosenfamilien aufbringen müssen, sind langfristig sicher höher, als wenn sie mit Präventivmaßnahmen den Einweisungsfall verhindert hätten. Dies ist vor allem deshalb der Fall, weil die Zahl der gezeugten Kinder – bei vorwiegend negativer Einstellung dieser Population gegen konzeptionsverhütende Mittel – durch die Enge des Raumes keineswegs verringert, sondern wesentlich erhöht wird. Bei sehr starker affektiver Bindung an die Kinder, für deren Sozialisierung bisher die Familien selbst und die Sozialverwaltung nur das Allernotwendigste tun können, und sehr geringem Training auf schulische und berufliche Leistungen und Aspirationen, wächst der Obdachlosenfürsorge durch diese langfristigen Obdachlosenfamilien eine große Zahl von Personen heran, die die nächste – dann noch wesentlich größere – Obdachlosengeneration bildet. Bei allgemeiner Umstrukturierung der Berufs- und Arbeitswelt sind die Chancen dieser in Obdachlosenunterkünften heranwachsenden Jugendlichen objektiv noch wesentlich schlechter als für die heutigen Eltern. Die „Obdachlosenhilfe“ sollte also unter allen Umständen versuchen, sich auf soziale Präventivmaßnahmen einzurichten und selbst unter kurzfristigen finanziellen Belastungen eine länger dauernde Obdachlosigkeit in jedem Falle zu vermeiden versuchen.

Die Aktenauswertung ergab, daß die Begründungen für die Einweisung in Normalwohnungen, die auf die Beurteilung durch die Sozialarbeiter zurückgehen, im allgemeinen einen ausgesprochenen Leerformelcharakter haben, hinter denen meist kaum objektivierbare Merkmale der ehemaligen Obdachlosen stecken. Daß trotz dieser leerformelartigen Begründung der Einweisung in die Normalwohnung die „Erfolgsquote“ in der Bewährung recht groß war, zeigte, daß bei Bereitstellung von größeren Mitteln zur Entschuldung der Obdachlosen das Problem „Obdachlose“ wohl noch wesentlich effektiver gelöst werden könnte. Wesentlich beitragen könnte dazu eine Umstrukturierung der Obdachlosenunterkünfte, die diesen möglichst weitgehend den Charakter von „totalen Institutionen“ nehmen sollte; unter Anwendung der Erkenntnisse der Lerntheorie, daß mit positiven Sanktionen wesentlich schneller und vorhaltender Verhaltensänderungen zu erzielen sind als mit negativen Sanktionen (Strafen), könnte die Aktivierung und Mobilisierung dieser Personen wesentlich erleichtert gefördert werden.

## VI.

Welche Konsequenzen wären aus diesen Forschungsergebnissen zu ziehen? Ich will diese Fragen thesenartig beantworten.

1. Da keine Belege dafür vorliegen, daß die Obdachlosigkeit durch besondere Persönlichkeitsmerkmale der Obdachlosen bedingt ist, ist eine „Korrektur der Persönlichkeit des Obdachlosen“ als Mittel zur Beseitigung von Obdachlosigkeit unsinnig.
2. Da die Intensität der Bemühungen, eine Wohnung zu erhalten, mit der Integration in die Siedlung abnimmt, müßte die Einweisung in eine Unterkunft unter allen Umständen von den Sozialämtern vermieden bzw. so schnell wie möglich nach anderen Unterbringungsmöglichkeiten gesucht werden.
3. Da ein ganzes Bündel von wirtschaftlichen, sozialen und psychischen Faktoren für die Obdachlosigkeit verantwortlich ist, muß eine Lösung des Problems auch eine Behandlung dieses Faktorenbündels umfassen. Traditionelle Sozialarbeit als Einzelfallhilfe ist daher verfehlt, denn sie hat nur die einzelne Familie oder die Einzelperson im Blick, nicht aber z. B. die Verursachung von Obdachlosigkeit durch städtische Sanierungsvorhaben, wie sie sich z. B. im Friesenviertel in Köln abzeichnet.<sup>29</sup>
4. Da die konkreten Ursachen der schwierigen Situation der Obdachlosen selbst Sozialarbeitern und Soziologen nicht genau bekannt sind, laufen auch die Sozialarbeiter – ebenso wie die Öffentlichkeit – Gefahr, sich bei der Interaktion mit Obdachlosen unbewußt an Merkmalen zu orientieren, die *Begleiterscheinungen*, nicht aber *Kausalfaktoren* für die Obdachlosigkeit sind (z. B. abweichendes Verhalten, Art der Haushaltsführung, Leistungsmotivation usw.).<sup>30</sup> Diese Art Interaktion interpretiert der Obdachlose als Diskriminierung und reagiert entsprechend, so daß ein teuflischer Zirkel entsteht, der nur schwer zu durchbrechen ist.
5. Die Art der *sozialen Kontrolle*, die absichtlich oder unabsichtlich von Sozialarbeitern über Obdachlose ausgeübt wird,<sup>31</sup> ist nicht geeignet, das Selbstwertgefühl, die Autonomie und Initiative, die für eine Behauptung in dieser Leistungsgesellschaft erforderlich wären, zu fördern.
6. Hausordnungen, rechtlicher Minderstatus und Abhängigkeit von Strukturierung der Situation durch die traditionell eingespielten Sozialamtspraktiken<sup>32</sup> verhindern gerade den Prozeß, um den es gehen soll: die Rehabilitierung des Obdachlosen.

7. Das bisher in Köln und in anderen Städten in der BRD praktizierte Dreistufenverfahren der Einstufung der Obdachlosen verringert die Reintegrationschancen für einen erheblichen Teil der Obdachlosen, obwohl bzw. gerade weil die Kriterien für die Einstufung problematisch sind.

8. Die stufenförmige Verbesserung der Unterbringung der Obdachlosen reicht als Stimulus für eine Änderung des Verhaltens der Obdachlosen nicht aus, da diese Verbesserung sich am Kriterium der Zahlungsmoral bzw. *-fähigkeit* der Obdachlosen orientiert, gerade diese aber ist eine der Hauptursachen der Obdachlosigkeit selbst, d. h. aber wiederum, daß besonders denjenigen geholfen wird, die objektiv gar nicht in der schlechtesten Situation sind. Mit anderen Worten: Es wird eine Benachteiligung der ohnehin Benachteiligten praktiziert. Nach den Erkenntnissen der Lerntheorie sind die Effekte von Belohnung zur Erreichung eines gewünschten Verhaltens stärker als die der Bestrafung unerwünschten Verhaltens. Diese Tatsache wäre bei der Strategie der Reintegration zu berücksichtigen.

9. Die Ergebnisse der Studien belegen, daß Obdachlose sich stark an den Normen und Werten der Gesamtbevölkerung orientieren, unter den *konkreten Bedingungen* ihres Lebens aber zu Problemfällen wurden. Ein Zusammensiedeln von Personen, die in die gleiche schwierige Situation geraten sind und mit gleichen Problemen zu kämpfen haben, in räumlicher Verdichtung hat zwei Haupteffekte<sup>33</sup>:

a) Stigmatisierung durch die Umwelt und Änderung der Identität dieser Personen;

b) langfristige Ausbildung von Subkulturen und Sondermoralen, die die Reintegrationschancen verringern.

Daraus ergibt sich die Folgerung: *keine geschlossene Ansiedlung*; keine Sichtbarmachung des Merkmals „Problemfamilie“.

10. Da rechtssoziologische Forschungen ergeben haben, daß Unterschichtpersonen und speziell Problemfamilien vom geltenden Rechtssystem diskriminiert werden, vor allem aber aus diversen Gründen nicht in der Lage sind, ihre legitimen Rechtsansprüche – sofern sie diese überhaupt kennen – anzumelden und geltend zu machen<sup>34</sup>, wäre es dringend angeraten, speziell für Fragen des Wohnungs- und Mietrechts eine intensive Beratung von benachteiligten Gruppen durchzuführen, damit erst überhaupt keine Rechtsgrundlagen für eine Kündigung und Zwangsausweisung geschaffen werden. Ist eine Problemfamilie erst einmal zur Obdachlosenfamilie geworden, so sollte ein ständiger Rechtsberater den Familien alle rechtlichen Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Situation erläutern und bei den entsprechenden Schritten betreu-

en und beraten. Diese Rechtsberatung sollte kostenlos sein, aber auch unabhängig von städtischen Stellen.

11. Ähnlich wie für die Rechtsprobleme ergibt sich für die medizinische Versorgung eine erhebliche Benachteiligung der Armen, und zwar derart, daß diese Personen sich eher symptomverleugnend verhalten und, um ihre wirtschaftliche Situation nicht zu gefährden, erst sehr spät ärztliche Versorgung in Anspruch nehmen.<sup>35</sup> Daraus resultiert eine allgemeine Akzeptierung von Siechtum und frühzeitigem Altern, obwohl an sich die Körperlichkeit von großer Bedeutung für die Unterschichtpersonen ist. Eine Ursache dafür ist auch, daß den Obdachlosen zum Teil auf diese Weise die Rationalisierung ihres Scheiterns durch Krankheit möglich wird. Ein Teil des Verhaltens, das von der Gesamtgesellschaft als Arbeitsscheu bewertet wird, ist so schlüssig zu erklären. Die ärztliche Spezialisierung und Bürokratisierung ist denkbar ungeeignet, diese strukturelle Benachteiligung der Armen zu beheben.<sup>36</sup> Auch hier wären Änderungen in der medizinischen Versorgungsorganisation wichtig. Die Prämien für nicht verwendete Krankenscheine sind angesichts dieser Perspektiven ein Hohn.

12. Da Selbstbild und Fremdbild der Obdachlosen von diskriminierenden sozialen Stereotypen geprägt sind, erscheinen alle Umsetzungsmaßnahmen zur Förderung der Integration, die nicht von flankierenden Maßnahmen begleitet werden, als sinnlos. Die Integration der Obdachlosen geht nur dann gut, wenn mindestens eine der drei bekannten Techniken zur Rückgängigmachung negativer Selbstbilder genutzt wird<sup>37</sup>:

a) die Betroffenen können Organisationen entwickeln, die eine allmähliche Änderung der Normen der Gemeinde oder der Gesellschaft durchsetzen, so daß ihre bisherige Auffälligkeit akzeptabel wird;<sup>38</sup>

b) die beauftragten professionalisierten Berufsgruppen und Organisationen (hier Sozialarbeiter und Sozialamt), die zunächst die Abstempelung eingeleitet und verlängert haben, leiten sehr sichtbare und ausdrückliche Prozesse der Zurücknahme der negativen Definition ein und bestimmen so den Status der Betroffenen neu, und zwar derart, daß eine Integration für die übrige Bevölkerung als wichtig und wünschenswert erscheint;

c) eine dritte Alternative besteht darin, daß die Betroffenen Selbsthilfe- und Stützungsaktionen gründen, die eine bessere Angepaßtheit unter ihren Mitgliedern stützen, so daß die negative Stereotypisierung der Population aufgehoben wird.<sup>39</sup>

## VII.

Vergleichen wir diese Forderungen mit den vom Sozialamt in Köln eingeleiteten Maßnahmen, so stellen wir fest, daß in einer Reihe von Punkten Übereinstimmung mit unseren Vorschlägen besteht, in anderen nicht.

1. Wir sind der Ansicht, daß bisher die Sozialarbeit in Köln allzu sehr an der persönlichen Einzelfallhilfe orientiert ist, also an der Änderung einzelner Verhaltensweisen der Obdachlosen. Ohne zu behaupten, daß diese Form der Betreuung eine *reine* Form der sozialen Kontrolle darstellt, so sind wir doch der Ansicht, daß die Arbeit noch zu sehr an *strukturellen* Fragen vorbeigeht (vgl. Sanierungsplanung).

2. Die Sozialämter nutzen unseres Erachtens noch nicht in ausreichendem Maße die vorhandenen Mittel, um eine Einweisung zu verhindern.

3. Die Sozialarbeiter müßten noch stärker als bisher Klarheit darüber gewinnen, daß ihre latente Funktion die der sozialen Kontrolle ist, d. h., daß sie auch von Obdachlosen als Wächter und Schnüffler wahrgenommen werden, wenn sie auf Dauer keine brauchbaren Alternativen bieten können. Die Argumentation von seiten der Sozialarbeiter aus der Familienfürsorge in einem Brief an den Kölner Stadt-Anzeiger vom 14.9.1971 auf unseren Zwischenbericht — in dem Brief wird gesagt: „Sozialarbeiter haben . . . gelernt, . . . ihre Gefühle kontrolliert in den Hilfsprozeß einzubringen. Alle Handlungsmethoden des Sozialarbeiters basieren auf der bindenden beruflichen Maxime: Die Bedürfnisse und Interessen der Klienten sind zu berücksichtigen . . .“<sup>40</sup> — geht in zweifacher Hinsicht an unserer Kritik vorbei. Denn erstens belegen die Erkenntnisse der Sozialpsychologie, daß unser Verhalten, ja selbst unsere Wahrnehmung von unseren impliziten Annahmen und unseren handlungsleitenden Wissenssystemen auf unkontrollierbare Weise geleitet wird, und zwar auch bei aller Bereitschaft zur Selbstkontrolle. Zweitens ist der letzte Satz des Zitats bei spitzfindiger Interpretation entlarvend, denn die „Bedürfnisse und Interessen der Klienten“ sind nicht nur „zu berücksichtigen“, sondern sie sind *allein* entscheidend bzw. *sollten* es sein!

4. Die Tätigkeit der Sozialarbeiter sollte also weniger in impliziter oder expliziter sozialer Kontrolle bestehen als vielmehr in Anleitung zur Selbstorganisation, auch wenn diese unter Umständen der Sozialverwaltung lästig werden könnte. Die Reaktion auf solche Selbstorganisation, die unter dem früheren Sozialdezernenten in Köln, Dr. Brisch, geübt wurde, nämlich Schnüffelei im Vorstrafenregister, dürfte die Atmosphäre erheblich vergiftet haben. Die neueren Praktiken, nämlich Zusammenarbeit des Sozialamtes, der Vertreter der

Stadtratsfraktionen und der Obdachlosen zur Planung von relevanten Hilfsmaßnahmen ist dagegen ein erheblicher Fortschritt, der der Sozialarbeit sicher zur Ehre gereichen könnte, wenn man nicht doch auf anderer Ebene die Organisationsbestrebungen der Obdachlosen unterdrücken würde, wie das vielfach belegbar ist.<sup>41</sup>

5. Die vorhandenen Hausordnungen und der nach wie vor beibehaltene mindere Rechtsstatus der Bewohner von Unterkünften und Übergangshäusern sind meines Erachtens auch in Köln noch immer von Übel und bedürfen meines Erachtens einer Überprüfung im Hinblick auf alle unnötigen Freiheitsbegrenzungen. Ferner halte ich es für angebracht, daß die Arbeit des Sozialamtes dadurch erleichtert wird, daß sie weniger der bürokratischen Amtsführung zu entsprechen sucht und dafür stärker von sich aus die Obdachlosen auf alle bisher nicht genützten Chancen hinweist. Nicht der Obdachlose sollte sein Recht klären und irgendwie nach Rechtsmitteln suchen müssen, sondern fachkundige Berater müßten aktiv eingreifen, wenn Chancen ungenutzt bleiben. Hier ist meines Erachtens in Köln noch nicht alles Mögliche getan worden.

6. Die Tatsache, daß die Kölner Sozialarbeit das Dreistufensystem, auf das man früher stolz gewesen ist, aufgegeben hat bzw. aufgibt, verdient positive Erwähnung, obwohl in der Praxis der nächsten Zeit eine gewisse Fortführung durch den Wohnungsmangel wohl nicht zu vermeiden sein wird.<sup>42</sup>

7. Positiv bewertet muß ferner die Tatsache werden, daß die im Zehnjahresprogramm zu realisierenden 1500 Wohnungen für Obdachlose a) einmal in größere Wohngebiete eingelagert und b) in einer qualitativ so gearteten Bauweise angelegt werden sollen, daß die Bewohner nicht gleich schon durch das Aussehen der Häuser als Problempopulation abgestempelt werden. Die pro Jahr vorgesehenen 150 Wohnungen sind natürlich zahlenmäßig zu wenig, um die Not effektiv zu lindern; wenn von den zu bauenden Sozialwohnungen tatsächlich jede sechste an Obdachlose ginge, dann wäre das schon eine Menge an Verbesserungen.<sup>43</sup>

8. Vom rechtlichen Standpunkt aus gesehen müßte meines Erachtens *präventive* Sozialarbeit dadurch geleistet werden, daß alle neuen Möglichkeiten des Mietrechtes und des Städtebauförderungsgesetzes als *strukturelle* Sozialarbeit eingesetzt werden. Meines Erachtens wäre eine Reihe von Fällen der Obdachlosigkeit in der Vergangenheit vermieden worden, wenn die Kommunen durch Musterprozesse eine allmähliche Präzisierung des Wirtschaftsstrafgesetzes vom 9. Juli 1954 (BGBl I S. 175) § 2a (Preisüberhöhung) durchgesetzt hätten. Wie aus Rechtskommentaren hervorgeht, ist die Klärung des

„unangemessen hohen Entgeltes“ nach wie vor recht offen. Die Orientierung an der Verordnung über wohnungswirtschaftliche Berechnungen (Zweite Berechnungsverordnung, 17. Oktober 1957; geändert 1967 in der Verordnung zur Änderung der Zweiten Berechnungsverordnung) ist bezeichnend, denn sie kommt in etwa zu dem Schluß: „Liegt der vereinbarte Mietzins ungefähr 50 % über der Kostenmiete, dürfte die Grenze der zulässigen Miete erreicht sein.“ Typisch ist in der Rechtsprechung, daß eine Orientierung an der *freien* Mietpreisbildung die Regel ist, und dies *auf einem Markt, der kein Markt* ist. Interessant ist ferner, daß in die Berechnung der freien Miete unter anderem auch solche Faktoren eingehen dürfen wie „*erhöhtes Vermieterisiko bei unzuverlässigen oder zahlungsunfähigen Mietern*“; d. h. nichts anderes als: Anhalten zur finanziellen Diskriminierung der ohnehin Benachteiligten. Die Sozialämter wären meines Erachtens gut beraten, wenn sie sich bei der Bestimmung der nun wichtig werdenden ortsüblichen Miethöhe einschalten würden. Praktizierter bisheriger Mietwucher darf doch wohl kaum zur Legitimationsbasis neuen zukünftigen Mietwuchers werden.

9. Die medizinische Versorgung scheint meines Erachtens insofern revisionsbedürftig, als durch die bisherige abseitige Lage vieler Obdachlosengettos auch die Kontakte zu den Ärzten verringert wurden. Der Gesundheitszustand vieler Bewohner ist nach unseren Unterlagen erheblich schlechter als bei der übrigen Bevölkerung, obwohl an sich die Mittel zur Versorgung vorhanden wären. Es wäre daher angebracht, die Bedingungen zu schaffen, unter denen die ärztlichen Anordnungen realisiert werden können, ohne neue Probleme für die übrige Familie zu schaffen. Die Ärzteschaft müßte von seiten der Sozialarbeiter stärker auf die speziellen medizin-soziologischen Probleme im Umgang mit der Armut aufmerksam gemacht werden. Auch hier wären weitere Initiativen notwendig.

10. Zur Frage der Integration der Obdachlosen in den Neubauten in ihre soziale Umgebung macht die Sozialarbeit unter Verwendung der Gemeinwesenarbeit ganz neue Ansätze, die sehr wichtig sein dürften. Hier scheint mir nach meinen Erfahrungen aber der Druck auf die Gemeindepolitiker, die Bürgervereine und speziell die Kirchen noch nicht stark genug zu sein.

Als Fazit unserer Erörterungen bleibt festzuhalten, daß die sich abzeichnenden neuen Praxismodelle in der Sozialarbeit im Bereich der Obdachlosigkeit noch zu sehr von strukturellen Perspektiven absehen. Zwar werden die größten Fehler



in der Praxis der bisherigen Obdachlosenarbeit von den Sozialämtern erkannt, aber die Bereitschaft, wirklich neue, theoretisch fundierte Praxismodelle zu erarbeiten, ist noch nicht groß genug, möglicherweise deshalb, weil man ahnt, daß neue Konzeptionen sich bald an sozial-strukturellen und ökonomischen Schranken der Sozialarbeit stoßen könnten.<sup>44</sup>

#### *Anmerkungen*

(1) Über das Ausmaß dieser Anstrengungen lassen sich zur Zeit wohl nur Vermutungen anstellen. Feststehen dürfte jedenfalls, daß die Aufwendungen in keinem adäquaten Verhältnis zur Schwere des Problems stehen. Eine polit-ökonomische Analyse der Obdachlosenproblematik bzw. speziell des „Kampfes gegen die Obdachlosigkeit“ hielte ich für dringend erforderlich.

(2) Vgl. Alexander Spoerl, *Menschen dritter Klasse? Unter Obdachlosen*, Düsseldorf 1968, S. 39. Die Schätzungen sind meines Erachtens aber sehr problematisch. Das Statistische Landesamt gab für den Juni des Jahres 1971 155.059 Bürger in Obdachlosenunterkünften an. Interessant an dieser Statistik ist, daß der „reiche“ Regierungsbezirk Düsseldorf an der Spitze liegt, mit 12 Obdachlosen auf 1000 Einwohner; vgl. Kölnische Rundschau vom 21.10.1971, Nr. 245, S. 1. Für das Bundesgebiet sind die Zahlen allerdings recht unpräzise. Aus diesem Grunde will das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit nun erstmals eine bundesweite Erhebung durchführen, um einen Überblick zu erhalten. Das geschieht wohl reichlich spät (vgl. Kölner Stadt-Anzeiger vom 29./30.1.1972, Nr. 24, S. 47).

(3) Ohne die gutgemeinte private Hilfe generell kritisieren zu wollen, ist hier doch zu erwähnen, daß alle die privaten Initiativen, die vollständig von sozialstrukturellen Fragen abstrahieren – und dies mit einer ausgesprochenen Aversion gegen Soziologie –, wohl interessante Arabesken des „Kampfes gegen die Obdachlosigkeit“ darstellen, aber keine ernsthaften Lösungen bieten (vgl. „Nachbarschaftshilfe für Obdachlose“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 4.10.1971, Nr. 237, S. 12).

(4) Das Statistische Landesamt von NRW spricht zwar von einem Rückgang der Zahl der Obdachlosen in der Zeit zwischen 1965 und 1970 von 54.340, aber unsere eigenen Erfahrungen mit städtischen Sozialämtern lassen es als ratsam erscheinen, die Hypothese zu überprüfen, daß dieser Rückgang ein statistisches Artefakt darstellt, dergestalt, daß die „Buchführungspraxis“ geändert wird. Aus persönlichem Gespräch mit Peter Höhmann (Regensburg) weiß ich, daß er verschiedene dieser Umdefinitionspraktiken aufgedeckt hat. Vgl. dazu unter anderem: Peter Höhmann, *Probleme soziologisch angeleiteter Praxis*. Dargestellt am Beispiel der Obdachlosigkeit, in: *Soziologie. Festschrift für René König*, hrsg. von Günter Albrecht, H. Daheim und Fritz Sack, Opladen 1972.

(5) In der Zwischenzeit sind wohl einige kritische Analysen vorgelegt worden, die vielversprechend zu sein scheinen; das galt nicht für Beginn und Verlauf der Durchführung dieser Untersuchung. Vgl. Ursula Christiansen unter Mitwirkung von Hans Kamp, *Resozialisierungsversuche bei Kindern und Jugendlichen aus obdachlosen Familien in 5 nordrhein-westfälischen Großstädten*, Köln 1971; Gerd Iben u. a., *Randgruppen der Gesellschaft. Untersuchungen über Sozialstatus und Erziehungsverhalten obdachloser Familien*, München 1971; Fritz Haag, *Wohnungslose Familien in Notunterkünften, Soziales Bezugsfeld und*

- Verhaltensstrategien, München 1971. Aus Raumgründen kann hier leider nicht näher auf diese wichtigen Beiträge eingegangen werden.
- (6) In neuerer Zeit scheint sich der „Definitionsansatz“ auch für das soziale Problem Obdachlosigkeit durchzusetzen. Es wäre deshalb wichtig, daß dieser Ansatz einmal eine Chance erhält, sich in der Praxis zu bewähren.
- (7) Otto Blume, *Obdachlose in Köln – eine sozialstrukturelle Untersuchung*, Göttingen 1960.
- (8) Es kann hier nicht der Ort sein, das Verhältnis von wissenschaftlicher Analyse und Formulierung von Handlungsanweisungen zu diskutieren. Unsere Position entspricht der von Howard S. Becker, *Whose Side Are We On*, in: *Social Problems* 14 (1967), S. 239–247.
- (9) Die finanzielle Förderung war so bescheiden – DM 11.000 insgesamt –, daß in jeder Hinsicht Sparmaßnahmen erforderlich waren; dennoch mußten Institut und Autor selbst Geld aus eigener Kasse zuschießen.
- (10) Vgl. Dazu Hans L. Zetterberg, *Theorie, Forschung und Praxis in der Soziologie*, in: René König, Hrsg., *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Bd. 2, 2. Aufl. Stuttgart 1967, S. 64–104, sowie im gleichen Handbuch den Beitrag von Hans Albert.
- (11) Eine genaue Übersicht über die Auswahl der Fragen aus der Blume-Untersuchung kann hier nicht gegeben werden; dazu sei auf den Abschlußbericht verwiesen.
- (12) Leo Srole, *Social Integration and Certain Corrolaries*, in: *ASR* 21 (1956), S. 709–716.
- (13) Bernard C. Rosen, *The Achievement Syndrome*, in: *ASR* 21 (1956), S. 203–211; Joseph A. Kahl, *Some Measurements of Achievement Orientation*, in: *AJS* 70 (1965), S. 669–681.
- (14) Der Nachweis der Veränderung des Selbstbildes in Richtung des Fremdbildes vom Obdachlosen von seiten der „Normalbevölkerung“ wäre ein entscheidendes Argument für den „labeling approach“ gewesen.
- (15) Vgl. zur Beurteilung der Brauchbarkeit deskriptiver Studien für die Praxis die oben zitierte Arbeit Zetterbergs; speziell die Seiten 96–99.
- (16) Als vorläufige Berichte über die Ergebnisse vgl. die Diplomarbeiten der beiden Mitarbeiterinnen: (a) Ina-Maria Hellwig, *Ansätze zur Erklärung von Obdachlosigkeit im Rahmen einer Replikationsstudie über Kölner obdachlose Familien*, Diplomarbeit, Köln 1969; (b) Edeltraut Teske, *Die Auswirkungen der Obdachlosigkeit auf Kölner Familien – Eine Replikationsstudie*, Diplomarbeit, Köln 1969.
- (17) Wir wollen uns hier nicht näher mit der Kausalfrage auseinandersetzen. Die vorliegenden Daten sind leider sehr interpretationsfähig; sie sollen darum hier auch nicht erwähnt werden.
- (18) Das liegt natürlich zum Teil daran, daß die größere Neigung der Lehrer (gegenüber früheren Jahren oder Jahrzehnten), schwache Schüler bzw. unangepaßte Schüler in Sonderschulen zu stecken, die Statistik verzerrt, zum Teil aber tatsächlich an der zunehmenden Apathie und Desorientierung der schon lange Obdachlosen.
- (19) Leo Srole, *Social Integration and Certain Corrolaries*, in: *ASR* 21 (1956), S. 709–716.
- (20) Fred L. Strodbeck, *Family Interaction. Values and Achievement*, in: David McClelland u. a., Hrsg., *Talent and Society*, New York 1958, S. 135–194.
- (21) Joseph A. Kahl, *Some Measurements of Achievement Orientation*, in: *American Journal of Sociology* 70 (1965), S. 669–681.

(22) Bernard C. Rosen, *The Achievement Syndrom*, in: ASR 21 (1956), S. 203–211.

(23) John Scanzoni, *Socialization, Achievement, and Achievement Values*, in: ASR 32 (1967), S. 449–456.

(24) Vgl. zur Messung von Entfremdung Melvin Seeman, *On the Meaning of Alienation. Its Meaning and Measurement*, in: ASR 24 (1959), S. 783–791; Dwight Dean, *Alienation. Its Meaning and Measurement*, in: ASR 26 (1961), S. 753–758; sowie zur Diskussion der Interkorrelationen zwischen verschiedenen „Entfremdungsmaßen“ J. L. Simmons, *Some Intercorrelations Among „Alienation“ Measures*, in: *Social Forces* 44 (1965/66), S. 370–372.

(25) Die einzelnen Items der beiden Skalen lauten:

*Erste Anomie-Variable*

1. So wie die Dinge heute liegen, sollte ein kluger Mensch zuerst an die Gegenwart denken und sich nicht über die Zukunft den Kopf zerbrechen.

2. Pläne schmieden macht den Menschen nur unglücklich, denn Pläne und Hoffnungen lassen sich nur selten verwirklichen.

3. Nichts im Leben ist das Opfer wert, sich von seinem Zuhause zu trennen.

4. Bei der Suche nach einer Arbeit sollte man darauf achten, daß man in der Nähe der Eltern leben kann, auch wenn es anderswo vielleicht bessere Gelegenheiten gibt.

5. Die beste Tätigkeit, die man ausüben kann, ist eine Tätigkeit, bei der man Teil einer Organisation oder Gruppe ist, in der alle zusammenarbeiten, ohne daß sich einzelne hervortun können.

*Zweite Anomie-Variable:*

6. Der Erfolg eines Menschen ist vorherbestimmt; es hat deshalb keinen Zweck, gegen sein Schicksal zu kämpfen.

7. Man sollte nicht zuviel vom Leben erwarten, sondern mit dem zufrieden sein, was einem zukommt.

8. Man sollte im Leben nicht mehr verlangen als eine sichere, nicht zu schwierige Arbeit, die so viel Geld einbringt, daß man sich ein Auto und vielleicht ein eigenes kleines Haus anschaffen kann.

9. In der heutigen Zeit weiß man eigentlich kaum, auf wen oder auf was man sich verlassen kann.

10. Im Gegensatz zu dem, was manche Leute sagen, wird das Leben des Durchschnittsmenschen, des kleinen Mannes, eher schlechter als besser.

11. So wie die Dinge in der Zukunft liegen werden, ist es kaum zu beantworten, Kinder in die Welt zu setzen.

(26) In dieser Aussage werden wir vollauf bestätigt durch die Ergebnisse der Arbeit von Larry D. Barnett, *Achievement Values and Anomy Among Women in a Low-Income Housing Project*, in: *Social Forces* 49 (1970), S. 127–134.

(27) Vgl. dazu die Arbeit von Ursula Christiansen, a. a. O., sowie den Bericht über diese Studie von U. Kaltwasser, in: *Kölner Stadt-Anzeiger*, vom 27.8.1971, Nr. 198, S. 16. Auch die Erklärung von Obdachlosigkeit durch subkulturelle Faktoren ist recht fragwürdig. Vgl. dazu: Günter Albrecht, „Die Subkultur der Armut“ und die Entwicklungsproblematik, in: René König, Hrsg., unter Mitarbeit von Günter Albrecht, Wolfgang S. Freund und Dieter Fröhlich, *Aspekte der Entwicklungssoziologie, Sonderheft 13 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Köln-Opladen 1969*, S. 430–471; Charles A. Valentine, *Culture and Poverty*, Chicago 1968; sowie Seymour Parker und Robert J. Kleiner, *The Culture of Poverty: An Adjustive*

Dimension, in: *American Anthropologist*, 72 (1970), S. 516–527, die zwar aufgrund ihrer Daten feststellen: „The behavior of those living in poverty is associated with underlying value positions and is not merely a series of overt reactions forced on them by the constraints of their social situation. On the other hand, our data also suggest that attitudes characterizing this subculture represent but one segment of the total range of attitudes and reference values, many of which are shared with the larger society. Critics of the traditional culture of poverty descriptions are probably correct in pointing out that middle-class social scientists often focus on this narrow range and ignore the wider attitudinal context. However, they are probably wrong in denying that the behavior of individuals in poverty is related to some internalized values.“ Nicht wesentlich anders lautet die Schlußfolgerung, die Norman J. Johnson und Peggy R. Sanday, *Subcultural Variations in an Urban Poor Population*, in: *American Anthropologist* 73 (1971), S. 128–143, aus ihren Daten ziehen: „Our hypothesis is that subcultural variations that persist over time are the result of adaption to differential access to strategic status positions and resources of the general culture. The degree of subcultural difference is a function of the length of time a distinguishable set of people have endured differential access“ (S. 139).

(28) Vgl. zu einer detaillierten Analyse der Folgen von „Institutionalisierung“ die Arbeit von Robert Sommer und Humphry Osmond, *Symptoms of Institutional Care*, in: *Social Problems* 8 (1960/61), S. 254–263, die zwischen „De-individuation“, „Disculturation“, „Damage“, „Estrangement“, „Isolation“ und „Stimulus Deprivation“ unterscheiden.

(29) Aus eigener Mitarbeit an der Vorplanung von Sanierungsprojekten (speziell Köln-Ehrenfeld) weiß der Verfasser, daß bei Flächensanierung notorisch die sozialen Probleme der Betroffenen vernachlässigt werden. Selbst wenn die Sozialämter der Gemeinden die soziale Problematik erkennen, so werden sie meist von den Hochbaudezernaten bzw. den Stadtentwicklungsämtern überspielt. Die Kommunen schaffen ihr Obdachlosenproblem selbst immer wieder neu, weil sie sich von großen Bauträgern zu Flächensanierungen überreden lassen. Vgl.: „Gerlings neue Stadt“, in: *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 8.7.1971, Nr. 155, S. 15; „Liebe zum Viertel verloren“, in: *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 9.7.1971, Nr. 156, S. 17; „Gerling will hoch hinaus“, in: *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 30./31.10.1971, Nr. 253, S. 16; „Ohne private Mittel kann die Stadt sich nicht entwickeln“, in: *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 3.11.1971, Nr. 256, S. 16; „Stadt hat kein Geld für Friesenviertel“ in: *Kölner Stadt-Anzeiger*, vom 6.12.1971, Nr. 283, S. 5; „Im Friesenviertel geht die Angst um“, in: *Kölnische Rundschau*, vom 6.12.1971, Nr. 283; „Stopp im Friesenviertel“, in: *Kölner Stadt-Anzeiger*, vom 18./19.12.1971, Nr. 294, S. 14. Ob die nun für Sanierungsprojekte durch das Städtebauförderungsgesetz verbindlichen Sozialpläne erfolgreich sind, ist mehr als fraglich, denn diese Pläne helfen nur dann, wenn die Leute, die in diesem Plan erfaßt sind, auch die vorgesehenen Alternativen bezahlen können. Das ist aber eine nicht sehr realistische Annahme. Das Land NRW hat nun erstmals Schritte eingeleitet, um den unsozialen Praktiken der Kommunen einen Riegel vorzuschieben. Am 8.3.1972 trat die Verordnung in Kraft, nach der in 19 Städten kein Wohnraum mehr angetastet werden darf. Diese Lösung ist aber in vieler Hinsicht problematisch: 1. werden in einigen Bestimmungen dieser Verordnung Gastarbeiter diskriminiert, 2. sind die Kontrollmöglichkeiten zur Einhaltung der Verordnung sehr schlecht; vgl.

Reiner Schmitz, Falsch vermieten wird bald bestraft, in: Kölner Stadt-Anzeiger, vom 10.3.1972, Nr. 59, S. 16. Einige Erfahrungen der letzten Zeit in Köln legen die Vermutung nahe, daß die Stellen zur Beseitigung von Wohnungsnotständen an der Entstehung von Obdachlosigkeit mitschuldig sind. Sie vermieteten Wohnungen an ihre Klienten, die zunächst rund 3,70 DM pro qm kosten sollen, nach Einzug aber dann plötzlich mehr als 5,20 DM. Nach Umzugskosten usw. wohnen die Problemfamilien dann plötzlich in Wohnungen, die sie gar nicht mehr bezahlen können. Die neue Einweisung in Notunterkünfte wird vorbereitet, weil die Armen auf Veranlassung der Stadt falsch disponiert haben. Vgl. „Miete macht Angst“, in: Kölner Stadt-Anzeiger, vom 17.3.1972, Nr. 65, S. 13; „Stadt will Sozialmieter unterstützen“, in: Kölner Stadt-Anzeiger, vom 29.3.1972, Nr. 75, S. 15; „Umzug ist möglich“, in: Kölner Stadt-Anzeiger, vom 30./31.3.1972, Nr. 76, S. 18; „Experte: Das war Arglist“, in: Kölner Stadt-Anzeiger, vom 8./9.4.1972, Nr. 82, S. 14.

(30) Vgl. dazu generell die Literatur über soziale Stereotype in der Theorie der Fürsorge, und zwar Joachim Matthes, Soziale Stereotype in der Theorie der Fürsorge, in: Soziale Welt 13 (1962), S. 139–153, sowie vor allem Irwin Deutscher, The Gatekeeper in Public Housing, in: ders. und Elizabeth J. Thompson, Hrsg., Among the People: Encounters with the Poor, New York-London 1968, S. 38–53.

(31) Vgl. Joachim Matthes, Sozialarbeit und soziale Kontrolle: Bemerkungen zu einem umstrittenen Thema, in: Mens en Maatschappi 43 (1968), S. 100–109, sowie als neuere empirische Arbeit: Roland J. Chilton, Social Control Through Welfare Legislation. The Impact of a State „Suitable Home Law“, in: Law and Society Review 5 (1970), S. 205–224.

(32) Vgl. dazu Dietrich Schwarz und Anselm Weidner, Die soziale Situation Obdachloser, in: Kritische Justiz, Heft 4, 1970, S. 406–414.

(33) Vgl. dazu die einschlägigen Arbeiten Albert K. Cohens, Richard Clowards und Lloyd E. Ohlins sowie die oben schon genannten Arbeiten von Seymour Parker und Robert J. Kleiner sowie Norman J. Johnson und Peggy R. Sanday.

(34) Vgl. dazu Jerome E. Carlin, Jan Howard und Sheldon L. Messenger, Hrsg., Civil Justice and the Poor. Issues for Sociological Research, in: Law and Society Review 1 (1966), S. 9–89; Elinor Graham, Poverty and the Legislative Process, in: B. B. Seligman, Hrsg., Poverty as a Public Issue, New York 1965, S. 231 ff.; Zona Fairbanks Hostetler, Poverty and the Law, in: BB. Seligman, Hrsg., Poverty as a Public Issue, a. a. O., S. 177 ff.; H. W. Solomon, The Legal Needs of the Poor. This New Fetish for Indigency, in: Columbia Law Review 66 (1966), S. 248–274; Geoffrey C. Hazard, Legal Problems Peculiar to the Poor, in: Social Issues 26 (1970), S. 47–58; Jonathan Weiss, The Law and the Poor, in: Social Issues 26 (1970), S. 59–68.

(35) Vgl. dazu Howard J. Osofsky, The Walls Are Within. An Exploration of Barriers Between Middle-Class Physicians and Poor Patients, in: I. Deutscher und E. J. Thompson, Hrsg., Among the People, a. a. O., S. 239–258.

(36) Vgl. dazu Lee Rainwater, The Lower Class. Health, Illness, and Medical Institutions, in: I. Deutscher und E. J. Thompson, Hrsg., Among the People, a. a. O., S. 259–278; A. C. Higgins, Two Thirds of a Medical Equation. Pathology and Patients, in: I. Deutscher und E. J. Thompson, Hrsg., Among the People, a. a. O., S. 279–293; sowie David Mechanic, Human Problems and the Organization of Health Care, in: The Annals of the American Academy of Political and Social

Science 399 (Jan. 1972), S. 1–11; Mary W. Herman, The Poor: Their Medical Needs and the Health Services Available to Them, in: The Annals . . . 399 (Jan. 1972), S. 12–21; Irving Leveson, The Challenge of Health Services for the Poor, in: The Annals . . . 399 (Jan. 1972), S. 22–29.

(37) Vgl. Harrison M. Trice und Paul Michael Roman, Delabeling, Relabeling, and Alcoholics Anonymous, in: Social Problems 17 (1970), S. 538–546.

(38) Wie Warren C. Haggstrom, Can the Poor Transform the World?, in: I. Deutscher u. E. J. Thompson, Hrsg., Among the People, a. a. O., S. 67–110, gezeigt hat, ist es sehr unwahrscheinlich, daß eine solche Lösung realisierbar ist.

(39) Sehr realistisch ist nach Haggstrom, a. a. O., eine solche Lösung auch nicht.

(40) Diese Kritik bezieht sich auf eine vielleicht nicht ganz glückliche Darstellung einiger unserer Ergebnisse im Kölner Stadt-Anzeiger vom 26.8.1971, Nr. 197, S. 17; sie findet sich in: Kölner Stadt-Anzeiger, vom 14.9.1971, Nr. 213, S. 14.

(41) Vgl. dazu Prodosh Aich und Otker Bujard, Soziale Arbeit. Beispiel Obdachlose. Eine kritische Analyse, Köln-Berlin 1972.

(42) Vgl. dazu Annelie Stankau, Schöner wohnen löst nicht das Problem, in: Kölner Stadt-Anzeiger, vom 18.1.1972, Nr. 14, S. 4; dies., Vor dem Umzug mit den Nachbarn reden, in: Kölner Stadt-Anzeiger, vom 29./30.1.1972, Nr. 24, S. 18.

(43) Vgl. dazu Helmut Falter, Obdachlose in größere Wohngebiete, in: Kölner Stadt-Anzeiger, vom 30./31.10.1971, Nr. 253, S. 16.

(44) Vgl. dazu auch Günter Albrecht, Bürger zweiter Klasse. Benachteiligte Gruppen in der Gesellschaft: Die Armen, Manuskript einer Sendung des Deutschlandfunks, am 28.5.1972.